



Informationsvorlage 610/392/2015

Amt/Abteilung: Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung Datum: 17.11.2015	Aktenzeichen: 610-St 1	
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit
Stadtvorstand	23.11.2015	Vorberatung N
Haupt-/Bau- und Sozialausschuss	01.12.2015	Kenntnisnahme Ö

Betreff:

Sachstand Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Landau in der Pfalz

Information:

Zur strategischen Ausrichtung der Wohnraumversorgung in der Stadt Landau in der Pfalz wurde das Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung (InWIS) mit der Erarbeitung eines Wohnraumversorgungs-konzeptes beauftragt. In einer gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses, Sozialausschusses und Hauptausschusses wird Frau Krüger vom InWIS die nächsten Analyseergebnisse und erste Schlussfolgerungen vorstellen.

Das Wohnraumversorgungskonzept wird Grundlage der Wohnungspolitik in Landau sein und in Verknüpfung mit der Baulandstrategie zu einer Wohnraumstrategie weiterentwickelt werden. Hierbei geht es um die Zusammenführung von Wohnraumnachfrage und Flächenpotenzialen, die Integration sozialer Belange wie die Versorgung mit Kindertagesstätten, Schulen oder Einrichtungen für Senioren sowie die Berücksichtigung umweltrechtlicher Vorschriften. Im Einzelnen werden u.a. folgende Fragen zu beantworten sein:

- Für welche Zielgruppen sind wie viele Wohnraumangebote an welchen Standorten zu schaffen?
- Wie können die fachlich richtigen und rechtlich gebotenen Grundzüge der Baulandstrategie (Innen- vor Außenentwicklung, Vermeidung von Bodenspekulationen und unbebauten Bauplätzen, Generierung von Finanzmitteln zur Dorfentwicklung) vor dem Hintergrund der derzeitigen hohen Nachfrage flexibilisiert und weiterentwickelt werden?
- Wie kann die Stadt Landau in der Pfalz die Entwicklungen im Bestand (Gebäudesanierung, Umnutzung von gewerblichen oder landwirtschaftlichen Objekten zu Wohnzwecken, Brachflächenaktivierung, Konversion) forcieren und weiter ausbauen und somit den Druck nach Siedlungsflächenerweiterungen durch Neubaugebiete in einem siedlungsstrukturell vernünftigen Rahmen halten?
- Welche Siedlungsflächendarstellungen im Flächennutzungsplan können zurückgenommen werden? Welche Flächenpotentiale sollen ergänzend dargestellt werden?
- Welche Prioritätensetzung bei der Flächennutzung / Instrumente/ Maßnahmen sind hinsichtlich der Altersstruktur und der bestehenden Infrastrukturen (Versorgung mit Kindertagesstätten, Grundschulen, Angebote für Senioren etc.) erforderlich, um den Stadtdörfern die Perspektiven zu geben, die sie für die Zukunft brauchen?
- Wie kann die Aktivierung vorhandener Bauplätze verbessert werden?
- Welche Bedeutung wird städtischen Flächenpotenzialen in der Festlegung der zeitlichen Priorität eingeräumt?
- Nach welchen Kriterien sollen Bauplätze an Bauherren vergeben werden?
- Welche Wohnformen sollten für welche Zielgruppen von städtischer Seite besonders unterstützt werden?

Beteiligte Ämter:

BGM
Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung
Sozialamt
Jugendamt
Gebäudemanagement

Schlusszeichnung:

